

Der Deutsche Museumsbund fordert die schnellstmögliche Wiedereröffnung der Museen

Berlin, 13. November 2020

Die vom Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie zwang die Museen in Deutschland zur erneuten Schließung im November. Dies war eine politische Entscheidung. Museen sind keine Orte mit erhöhtem Risiko einer Infektion und haben strenge Hygiene- und Abstandsregeln umgesetzt. Der Deutsche Museumsbund fordert daher eine erneute Prüfung der pandemiebedingten Schließung und die Wiedereröffnung der Museen zum schnellstmöglichen Zeitpunkt.

Gesundheit hat die oberste Priorität, diesem Grundsatz schließt sich auch der Deutsche Museumsbund an. Gleichwohl sind uns aus Museen keine Corona-Fälle bekannt. Museen sind keine Orte mit besonderem Risiko. Im Gegenteil, Museen können auf langjährige Erfahrungen beim Besuchermanagement zurückgreifen, sie bieten vielfach Online-Tickets für festgelegte Zeitfenster, eine Begrenzung der Besucherzahlen, verfügen über große Räume, kluge Wegführungen, Lüftungsanlagen sowie Abstands- und Hygieneregeln. So ermöglichen Museen sowohl Besucher*innen als auch Mitarbeiter*innen einen sicheren Aufenthalt. Eine Schließung als angemessene Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie muss daher gut begründet sein und in Relation zu den anderen getroffenen Maßnahmen stehen. In den Beschlüssen zur Schließung Anfang November wurden Museen nicht einmal erwähnt, sondern unter eine Vielzahl anderer Freizeiteinrichtungen subsumiert. Dies ist nicht weiter hinnehmbar.

Viel zu oft werden Museen auf eine unterhaltende Funktion reduziert, auf Ausstellungen und Events. Sie sind als Erlebnis- und Bildungsorte weit mehr. Hier erleben die Bürger*innen aller Altersklassen an der Schnittstelle zu Universitäten und zur Wissenschaft aus erster Hand. Wer über die Öffnung der Schulen diskutiert, kann dies nicht tun, ohne auch die Öffnung der Museen mitzudenken. Der Deutsche Museumsbund begrüßt daher grundsätzlich die Idee, Schulklassen in den Museen zu unterrichten. Bemerkenswert ist dabei allerdings, dass mit der Schließung Anfang November dieselben Schulklassen gerade erst aus den Museen verbannt wurden. Wir sehen den Vorschlag von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek daher als Anlass, umso mehr die Gründe der Schließung zu hinterfragen.

Die Einschränkungen durch die Maßnahmen gegen COVID-19 werden uns alle noch Monate oder Jahre begleiten. Zudem zeigen uns vorangegangene Epidemien wie SARS, dass Pandemien auch in Zukunft immer wieder auftreten können. Hierfür sind neue, mittel- und langfristige Strategien notwendig. Angesichts dieser Perspektiven hat der Deutsche Museumsbund bereits im April 2020 die gesellschaftlichen Akteure, die Museumsträger und damit die politischen Entscheider aufgefordert, die Rolle der rund 7000 Museen in Deutschland als unverzichtbare Bildungsinstitutionen anzuerkennen und im Umgang mit der Pandemie stärker zu berücksichtigen. Es ist an der Zeit, Bildungs- und Kulturpolitik sinnvoll zu verknüpfen, die kultur- und bildungspolitische Relevanz von Museen endlich wieder anzuerkennen und für die Gesellschaft besser nutzbar zu machen.

Der Präsident des Deutschen Museumsbundes, Prof. Dr. Eckart Köhne, warnt bereits deutlich vor den Folgen der Krise: „Ich will nicht hoffen, dass wir ein großes Museumssterben erleben. Aber viele der Häuser haben nach den diesjährigen Schließungen keinerlei finanzielle Polster. Jede erneute temporäre Schließung ist ein gravierender Einschnitt. Und wenn kommunale Träger jetzt erwägen, freiwilligen Ausgaben für den Kulturbereich zu kürzen, dann wäre das Sparen am falschen Ende! Denn nach der Krise wird es eine Diskussion geben, wie wir wieder Leben in die Städte und Gemeinden, in den öffentlichen Raum bringen. Und ein Schlüssel dafür heißt: Kultur!“

Medienkontakt

Deutscher Museumsbund e. V.
In der Halde 1, 14195 Berlin
office@museumsbund.de
museumsbund.de